PROTOKOLL

über die 24. Sitzung des **Beirates Huchting**,
am Montag, **28.04.2025 (19:00 Uhr)**, im Saal des Bürger- und Sozialzentrums Huchting,
Amersfoorter Straße 8 in 28259 Bremen-Huchting

- vom Ortsamt: Herr Schlesselmann, Herr Wiltshko, Herr Homann
- vom Beirat: Herr Decker, Herr Diekmann, Herr Horn, Herr Knuschke,
Frau Kücük, Herr Schnaar, Frau Schubert (via Zoom), Frau
Seifert, Frau Spitz, Frau Thasius, Frau Wendt
- entschuldigt: Herr Bettermann, Frau Blunck, Herr Pascher, Frau Radke
- Geladene Gäste TOP 4: Herr Busch (BSAG), Frau von Seck (SBMS), Herr
Sauer (ASV)
TOP 5: Staatsrätin Stuhrberg (SfF), Frau Wagener, Frau E-
vers und Herr Lotze (SGFV), Frau Kemme (SASJI), Frau
Herbrig (SfK)
TOP 6: Frau Bretschneider (agab)

Die Sitzung wird um 19:03 Uhr mit der Begrüßung der Gäste, der Bürgerinnen und Bürger, der Presse und der Mitglieder des Beirates Huchting eröffnet.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden einvernehmlich festgestellt.

Die Tagesordnung wird um TOP 8 ergänzt.

Tagesordnung:

1. Nachruf Bernhard Siepker
2. Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
3. Mitteilungen
4. Bremer Brücken über die Weser mit ÖPNV
5. Situation Bürger- und Sozialzentrum Huchting
6. Zukunft der AGAB Schuldnerberatung in Huchting
7. Zukunft Quartiersbildungszentrum Huchting – Finanzierung dauerhaft sicherstellen
8. Antrag Kranzniederlegung am 8. Mai 2025
9. Verschiedenes

TOP 1 Nachruf Bernhard Siepker

Beiratssprecher Knuschke verliest den folgenden Nachruf:

„„Alles hat seine Zeit. Wenn ich zurückblicke, mit einem weinenden Auge: die Zeit ist vorüber, mein Alter bzw. meine Krankheit lässt nicht mehr zu. Mit einem lachenden Auge: ich habe in meinem Leben alles gehabt.“

– Bernhard Siepker, Februar 2025

Am 7. April 2025, an seinem 81. Geburtstag, ist Bernhard Siepker in Delmenhorst verstorben. Geboren wurde er am 7. April 1944 in Twistringen und lebte lange Jahre gemeinsam mit seiner Frau in Bremen-Huchting, dem Stadtteil, dem er mit großem Engagement verbunden war.

Bernhard Siepker war ein Mensch, der anpackte – stets mit Herz, Verstand und einem feinen Gespür für Gerechtigkeit und Gemeinschaft. Von 2015 bis 2023 war er für die CDU-Fraktion als Mitglied im Beirat Huchting tätig. Zudem engagierte er sich als stellvertretender Fachausschusssprecher für Verkehr und, bis zu seinem Tod, als sachkundiger Bürger sowie Beisitzer in der Seniorenvertretung. Sein ehrenamtliches Engagement zeichnete sich durch Ernsthaftigkeit, Humor und eine echte Freude an der Mitgestaltung aus.

Beruflich war Bernhard Siepker bei der Bremer Straßenbahn AG tätig. Darüber hinaus engagierte er sich über drei Jahrzehnte als Bezirksvorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) – ein Ehrenamt, das ihm besonders am Herzen lag. Zudem war er zwölf Jahre lang Schöffe am Arbeitsgericht – auch dort setzte er sich mit Nachdruck für faire Entscheidungen ein.

Sein Einsatz für die Menschen, seine Zuverlässigkeit und seine positive, zugewandte Art bleiben unvergessen.

Die Trauerfeier für Bernhard Siepker findet voraussichtlich am Dienstag, 13. Mai 2025 um 12:30 Uhr in der St.-Pius-Kirche in Bremen-Huchting statt.“

Herr Knuschke bittet alle anwesenden Personen sich zum Gedenken zu erheben, wenn es ihnen möglich ist.

TOP 2 Fragen, Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

Ein Anwohner der Norderländer Straße beklagt sich im Namen weiterer Anlieger über Geschwindigkeitsüberschreitungen in seiner Straße. Des Weiteren wird bemängelt, dass KFZ über 3,5 Tonnen unrechtmäßig die Straße befahren.

Sie wünschen sich eine festinstallierte Geschwindigkeitsüberwachungsanlage. Alternativ überlegen sich die Nachbarn, ihre Fahrzeuge legal am rechten Fahrbahnrand abzustellen, um so die Geschwindigkeiten zu reduzieren und die Durchfahrt unattraktiver zu machen.

TOP 3 Mitteilungen

Am 10. Mai lädt der Gesundheitstag in Huchting von 15 bis 18 Uhr ins Bürger- und Sozialzentrum ein. Unter dem Motto „Gesund leben, gesund bleiben“ gibt es Aktionen zu Bewegung, Entspannung, gesunder Ernährung und mehr. Um 15:30 Uhr spricht Frau Senatorin Claudia Bernhard, und die Trommelgruppe der Grundschule Delfter Straße eröffnet den Tag. Schnupperkurse und ein Hula-Hoop-Wettbewerb runden das Programm ab.

Der nächste Fachausschuss Jugend, Integration, Kultur und Sport findet am 13.05.2025 statt.

Am 16.Mai findet in der Aula vom Alexander-von-Humboldt-Gymnasium der alljährliche Talentwettbewerb des Jugendbeirates statt. Bewerbungen für Rap & Gesang werden unter jugend-beirat@web.de entgegengenommen.

Der nächste Beirat findet am 19.05.2025 und der Fachausschuss Verkehr am 20.05.2025 statt.

TOP 4 Bremer Brücken über die Weser mit ÖPNV

Herr Sauer (Leiter der Brücken und Ingenieurbau-Abteilung im Amt für Straßen und Verkehr) erläutert, dass die Tragfähigkeit der Brücken über die Weser zurzeit große Sorgen bereitet. Die Brücken sind nur noch eingeschränkt nutzbar.

Die Bürgermeister-Smidt-Brücke musste komplett aus dem Verkehr genommen werden. Der Busverkehr wurde wieder zugelassen. Abhängig von einem Belastungsversuch in den Sommerferien sollen auch wieder Straßenbahnen die Brücke nutzen dürfen.

Sollten die Voraussetzungen vorliegen, kann Ende des dritten Quartals wieder mit Straßenbahnverkehr gerechnet werden.

In den Sommerferien wird die Wilhelm-Kaisen-Brücke ertüchtigt. Sperrungen sind erforderlich. An Wochenenden kommt es zu Vollsperrungen, um unter anderem Materialien austauschen zu lassen. Ziel für die nächsten Jahre ist es, dass die Tragfähigkeit wieder der alten Lastenklasse entspricht.

Verstärkungsmaßnahmen sind an der Carl-Carstens-Brücke vorgesehen, da sie zurzeit nur für Fahrzeuge bis 20 Tonnen zugelassen ist. Ein Termin steht noch nicht fest, da Instandsetzungsmaßnahmen an der A1-Weserbrücke anstehen. Für 97 Millionen Euro soll die A1-Weserbrücke für die nächsten acht bis zehn Jahre ertüchtigt werden. Parallel dazu wird der Neubau geplant.

Eine Machbarkeitsstudie für einen Neubau wurde für die dem Bund gehörende Stephani-Brücke angeschoben.

In den nächsten 20 Jahren ist mit Neubauten aller genannten Brücken zu rechnen. Grund dafür sind Baufehler in den Herstellungsjahren. Damals wurden die Berechnungen für leichtere Fahrzeuge erstellt. Im Laufe der Zeit sind die Fahrzeuge schwerer geworden und verursachen so mehr Schäden an den Brückenbauwerken.

Die Reserven der Brücken sind aufgebraucht, da Lagerschäden und Materialermüdungen festgestellt worden sind.

Herr Horn möchte sichergestellt haben, dass ausreichend ÖPNV zur Verfügung steht, wenn die Wilhelm-Kaisen-Brücke voll gesperrt ist und die Bürgermeister-Smidt-Straße noch nicht wieder von Straßenbahnen befahren werden kann.

Herr Sauer erklärt, dass weder beim Bau von Spannbauwerken noch beim Bau von Stahlbauwerken die Temperatur berücksichtigt wurde. Abgeleitete Wärme in das Bauwerk entspricht einem Viertel der Verkehrslast. Des Weiteren ist die Belastung stark gestiegen. Ziel ist es die Einschränkungen so gering wie möglich zu halten. Im Rahmen des Belastungstestes auf der Bürgermeister-Smidt-Brücke fahren unterschiedlich beladene Straßenbahnen, um Messungen an der Brücke durchzuführen.

Herr Knuschke zeigt sich überrascht über die Intensität der Sanierungsmaßnahmen, die innerhalb von 20 Jahren abgeschlossen sein müssen. Er stellt die Frage, wie eine solide Planung aussieht und wie diese mit den Bedürfnissen von Huchting in Einklang gebracht werden kann.

Herr Sauer ergänzt, dass jeder Stadtteil „seine“ Brücke hat, von der er abhängig ist. Auch wenn es nicht ohne Einschränkungen gehen wird, sei man in ständigem Austausch, um Lösungen zu finden. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass das Personal für die Umsetzung der Maßnahmen nicht ausreichend vorhanden ist.

Frau Wendt interessieren die konkreten mittel- und langfristigen Planungen. Wann wird die Linie 1 durchgehend nach Mahndorf fahren und wie lange wird eine Brückensanierung dauern.

Herr Sauer verweist auf die Unterlagen der Baudeputation, die einsehbar sind und schlägt vor, sich dort weiter zu informieren.

Es wird beschlossen, Herrn Sauer im Fachausschuss Verkehr einzuladen, um sich über die kurz-, mittel- und langfristige Planung auszutauschen.

Frau von Seck wird den Bericht der Verwaltung, der von SBMS (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung) zusammengestellt wurde, übersenden. Seitens der BSAG wird natürlich versucht, langfristige Ausfälle zu vermeiden, jedoch kann dies niemand garantieren.

Herr Diekmann zeigt sich gespannt, wie bei einer negativen Überprüfung der Bürgermeister-Smidt-Brücke verfahren wird.

Herr Busch informiert, dass ein Fahrplan für die Monate November bis Februar erstellt wurde, um den Menschen den Übergang auf die andere Weserseite zu ermöglichen. Durch verschiedene Anpassungen war es möglich, eine direkte Verbindung in die Innenstadt zu bieten.

Im Februar kam die schlechte Nachricht, dass Busse und Straßenbahnen nicht über die Brücke fahren dürfen. Als Reaktion darauf wurde eine schnelle Nachberechnung durch das ASV nur für den Busverkehr durchgeführt. Seit dem 7. April können einige Linien wieder über die Brücke fahren.

Mit der Linie 14 wurde eine schnelle Verbindung mit Umstieg in die Innenstadt geschaffen. Die Linie 8 bleibt jedoch weiterhin in zwei Teile für die Neustadt und die Altstadt getrennt. Die Linie 1 ist derzeit stark belastet. Es wird gehofft, dass aus den Belastungstests im Sommer gute Nachrichten kommen und die Bahn wieder regulär fahren kann.

Bis zum 18. August bleibt das Netz unverändert. Es gab intensive Gespräche, insbesondere im Hinblick auf die kommende Baustelle auf der Weserbrücke und die Baustelle der A281, die alle Abbiegevorgänge am Knotenpunkt unmöglich macht.

Ab dem 18. August wird es eine große Liniennetzänderung geben: Die Linie 52 wird nicht mehr nach Kattenturm, sondern nach Huckelriede geführt, um den Knoten zu umgehen. Zudem wird die Linie 23 neu über die Carl-Carstens-Brücke zum Weserwehr geführt, weiter über Vahr und Horn zur Universität.

Der Beschluss des Beirates, dass die Linie 52 zum Klinikum Links der Weser führen soll, kann vorerst nicht umgesetzt werden. Es müsse zunächst abgewartet werden, wie sich die Situation am Klinikum entwickelt.

Bei der Ertüchtigung der Wilhelm-Kaisen-Brücke wird es Sperrungen über das Wochenende geben. Während der Hauptverkehrszeiten ist jedoch mit keiner Beeinträchtigung zu rechnen. An einigen Wochenenden wird es ein geteiltes Straßenbahnnetz geben.

Herr Decker ist erfreut, dass unter der Woche keine Sperrungen zu erwarten sind. An den Wochenenden regt er die Einführung einer Linie 1e an, die umsteigefrei mit Bussen in die Innenstadt fährt. Zudem fragt er, ob es im Zusammenhang mit der Änderung der Linienführung der Linie 52 eine bessere Taktung zur Linie 23 gibt, da diese derzeit unterschiedlich sind.

Herr Busch bestätigt, dass es zwar unterschiedliche Taktungen gibt, jedoch keine längeren Wartezeiten als 20 Minuten auftreten sollten.

Herr Knuschke stellt fest, dass man sich von den Zielen der Mobilitäts- und Verkehrswende möglicherweise verabschieden muss. Er fragt, wie das Konzept angesichts der zahlreichen bevorstehenden Bauvorhaben aussieht.

Herr Busch widerspricht dieser Ansicht und betont, dass trotz der neuen Rahmenbedingungen weiterhin ein Konzept für die Mobilitätswende verfolgt wird.

Man wartet nun die Ergebnisse ab und wird darauf reagieren. Man hofft, dass die Straßenbahn bald wieder über die Brücke fahren kann.

Herr Horn äußert den Wunsch, den Huchtinger Bahnhof wieder in Betrieb zu nehmen.

Frau van Seck antwortet, dass man schauen muss, was der Knotenpunkt Bremen Hauptbahnhof überhaupt leisten kann. Allerdings müsse das gesamte Netz neu gedacht werden, falls die Bahn nicht wieder über die Brücke fahren kann. Sie weist auch darauf hin, dass eine Seilbahn keine schnelle Lösung für das Verkehrsproblem darstellen würde.

Herr Diekmann empfiehlt, sich nach der Auswertung der Ergebnisse des Belastungstests erneut im Fachausschuss zusammensetzen.

Der Beirat wurde zur Stellungnahme bezüglich der Linienführung aufgefordert. Eine Stellungnahme kann jedoch nicht abgegeben werden. Der Beirat nimmt die getroffenen Regelungen zur Kenntnis.

TOP 5 Situation Bürger- und Sozialzentrum Huchting

Herr Schlesselmann führt ein. Der heutige Termin dient der Verdeutlichung der Notwendigkeit und Bedeutung des Bürger- und Sozialzentrums. Der erste Bauabschnitt wurde 2018 abgeschlossen. Ein zweiter Bauabschnitt sollte folgen, und es wurden diverse Workshops durchgeführt. Leider ist bis 2025 noch nichts Weiteres umgesetzt worden.

Staatsrätin Stuhrberg (SfF) berichtet über den aktuellen Sachstand. Im Spätsommer 2023 wurde ein Senatsbeschluss gefasst, der die Entscheidungsunterlage sowie die Beauftragung der Entwurfsplanung für den zweiten Bauabschnitt beinhaltet. Der erste Bauabschnitt wurde im Rahmen des Gebäudesanierungsprogramms umgesetzt. Die abgeschlossenen Planungen umfassen den Neubau von drei Gebäuden sowie den Abriss der sanierungsbedürftigen Sporthalle.

Die Planunterlagen zur Entscheidungsunterlage für den Ersatzneubau der Sporthalle liegen dem Senator für Finanzen vor. Der Neubau soll auf dem Grundstück an der Obervie-lander Straße errichtet werden.

Die Finanzierung des 2. Bauabschnitts über Notlagenkredite ist seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Herbst 2023 nicht mehr möglich. Frühere Beschlüsse dazu sind damit hinfällig. Der Bau muss nun aus dem regulären Haushalt finanziert werden, was angesichts der angespannten Haushaltslage schwierig ist. Die Kosten werden auf rund 33 Millionen Euro geschätzt. Alternative Finanzierungswege werden derzeit geprüft.

Die Umsetzung der Tagesstätte und des Wohnheims wurde besprochen. Eine Baumaßnahme in Eigenregie durch die AWO wurde verneint, da sie wirtschaftlich nicht darstellbar ist. Aktuell wird eine Vorplanung zur möglichen Zusammenlegung von Tagesstätte und Wohnheim erstellt. Diese Zusammenlegung wird voraussichtlich jedoch keine Verringerung der Baukosten mit sich bringen. Zudem muss bei der Planung der Bebauungsplan beachtet werden.

Das aktuelle Finanzierungsproblem bleibt bestehen, die Prüfung von Alternativen dauert an. Die Bestandsgebäude können nicht weiterentwickelt werden. Ersatzbauten für den Mädchentreff und den Kulturladen sind nicht vorgesehen. Sowohl grundlegende Sanierungen als auch Ersatzbauten sind zurzeit nicht möglich.

Sollte der Bau doch realisiert werden können, müssen aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit die Nutzer:innen eine auskömmliche Miete zahlen. Der Sanierungsstau resultiert daraus, dass über Jahrzehnte hinweg keine Mittel für Bauunterhalt oder Sanierungsmaßnahmen bereitgestellt wurden. Die AWO sieht sich nicht in der Lage, die zukünftigen Mietzahlungen zu leisten. Aktuell befindet man sich in der Lösungsfindung für diese Probleme.

Herr Knuschke erläutert, dass die Haushaltslage bekannt ist. Die Erweiterung wurde bereits mit konkreten Bauzeitplänen vorgestellt. Nun ist die ursprünglich geplante Finanzierung mittlerweile weggefallen.

Die AWO verfügt aber über eine auslaufende Betriebsgenehmigung für das Gebäude. Zudem wird erwartet, dass viele andere Träger das vorgestellte Mietmodell nicht finanzieren können.

Staatsrätin Stuhrberg (SfF) ergänzt, dass die weggefallenen Mittel sich auf fast eine Milliarde Euro belaufen. Betroffen sind unter anderem Projekte, die sich bereits in der Umsetzung befanden und für die entweder Lösungen gefunden werden mussten oder die ganz gestoppt werden mussten.

Sie möchte das Gelände im Rahmen einer Begehung gerne einmal kennenlernen.

Frau Wendt würde sich freuen, wenn der Beirat bei Vorliegen konkreter Lösungsvorschläge informiert wird.

Frau Seifert weist auf die Bedarfe des Stadtteils hin, die auch auf dem Gelände des Bürger- und Sozialzentrums abgedeckt werden. Sie schlägt vor, die Finanzierung auch über Drittmittel in Erwägung zu ziehen.

Herr Horn regt an, auf Gelder des Europäischen Parlaments oder das Investitionsprogramm des Bundes zurückzugreifen.

Staatsrätin Stuhrberg (SfF) berichtet, dass Gespräche mit dem Bund und im Austausch mit anderen Ländern stattfinden. Viele Details sind noch unklar, insbesondere wofür die Mittel verwendet werden können und mit welchem Länderverteilungsschlüssel gerechnet

werden kann. Es wird erwartet, dass der Königssteiner Schlüssel zur Anwendung kommt. Zudem besteht die Möglichkeit einer strukturellen Verschuldung einzelner Bundesländer.

Bremen könnte durch diese Maßnahme mehr finanziellen Spielraum erhalten. Eine Nutzung ist jedoch unsicher, da Bremen sich in einer Haushaltsnotlage befindet. Im Rahmen eines beschlossenen Sanierungsprogramms muss Bremen zudem einen Beitrag zur Haushaltssanierung leisten.

Man steht auch im engen Austausch darüber, wo Kohäsionsmittel (*Anmerkung: Gelder der Europäischen Union, die arme oder strukturschwache Regionen unterstützen sollen, um wirtschaftliche und soziale Unterschiede innerhalb der EU zu verringern*) oder EFRE-Mittel (*Anmerkung: EU-Gelder zur Förderung benachteiligter Regionen, z.B. für Infrastruktur, Innovation und Umweltschutz*) lokal eingesetzt werden können.

Inka Helmke (Schatzmeisterin Bürger- und Sozialzentrum) betont das engagierte Team im bus... Huchting, das sie als stark und erhaltenswert sieht. Sie hebt hervor, dass Inklusion und Vielfalt nur gemeinsam gelingen können – insbesondere in Zusammenarbeit mit den Behörden. Gerne bietet sie auch eine Führung über das Gelände an.

Herr Decker hebt hervor, welches Juwel diese Institution für den Stadtteil ist. Eine Finanzierung über die Stadtentwicklungsgesellschaft sollte geprüft werden.

Frau Herbrig (SfK) erklärt: Die Behörde ist Zuwendungsgeber für das Bürger- und Sozialzentrum und den Kulturladen. Die Bedeutung des zweiten Bauabschnitts ist der Behörde bewusst.

Es besteht ein enger Kontakt und Austausch mit dem Finanzressort. Wenn Finanzquellen gefunden werden, wird der Bau eng begleitet.

Die Behörde ist jedoch nicht die Projektleitung und nicht der Kapitalgeber, da sie von den verfügbaren Finanzmitteln abhängig ist.

Joachim Schröder (AWO Bremen) betont, dass das Gelände Heimat für die Bewohner ist. Trotz des engen Austauschs muss bald eine Entscheidung getroffen werden, da die Gebäude für die Bewohner:innen sehr unangemessen sind.

Sollten die geplanten Bauabschnitte nicht umgesetzt werden können, muss ein anderer Standort gefunden werden.

Aktuell leben 40 Menschen auf dem Gelände, weshalb dringend eine Lösung gefunden werden muss.

Die Menschen wohnen in einer besonderen Wohnform, die dem bremischen Wohn- und Betreuungsgesetz unterliegt. Seit etwa zwei bis drei Jahren gilt zudem eine Bauverordnung mit einer Übergangsfrist von zehn Jahren für Bestandsgebäude, innerhalb derer eine angemessene Barrierefreiheit gewährleistet sein muss.

Der Mietvertrag mit Immobilien Bremen wurde Anfang des Jahres um fünf Jahre verlängert. Die AWO hat jedoch beschlossen, diesen Vertrag nicht weiter zu verlängern, falls bis dahin keine entscheidenden Maßnahmen umgesetzt worden sind.

Frau Kemme (SASJI / Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration) erklärt, dass die Sozialbehörde mit den sozialen Trägern, die Angebote für Menschen mit Behinderungen anbieten, Entgelte vereinbart hat, aus denen die Kosten für Miete und Personal finanziert werden.

Der Baustandard an diesem Standort liegt jedoch deutlich über dem Standard, der in den Entgelten berücksichtigt ist.

Die Finanzierungssummen können daher durch die Entgelte nicht vollständig gedeckt werden.

Herr Schlesselmann weist darauf hin, dass die Baupreise gestiegen sind und stellt die Frage, wie man alternative Bauweisen umsetzen kann.

Da die Kosten mit allen beteiligten Stellen steigen, schlägt er vor, dass die Bre-Stadt oder Brebau das Projekt möglicherweise zu günstigeren Konditionen realisieren könnten.

Es sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Staatsrätin Stuhrberg (SfF) betont die Bedeutung kostensparenden Bauens.

Herr Decker fragt nach den Gründen für die höheren Kosten.

Frau Kemme (SASJI) nennt die Planungen von Immobilien Bremen und besondere Vorgaben sowie teilweise abweichende Preise, die berücksichtigt werden müssen.

Dieses schwierige Feld müsse in Einklang gebracht werden.

Herr Knuschke fragt, wie die nächsten Schritte aussehen.

Er erkundigt sich nach dem Ablaufdatum und dem Stand der Finanzierungssuche.

Zudem möchte er wissen, wann Rückmeldungen zu erwarten sind und wann man wieder ins Handeln kommen kann, um noch innerhalb der nächsten fünf Jahre mit der Bautätigkeit beginnen zu können.

Staatsrätin Stuhrberg (SfF) möchte einige Punkte zum Baustandard richtigstellen. Sie betont, dass sich Immobilien Bremen (IB) an verschiedene Richtlinien halten muss. Der energetische Standard war damals die Voraussetzung für die Aufnahme in die sogenannte „Fast-Lane“.

Eine genaue Zeitschiene könne derzeit nicht genannt werden, da dies von den Haushaltsaufstellungen abhängt. Der Beirat wird jedoch weiterhin regelmäßig informiert.

Das Projekt ist mit offener Finanzierung gelistet, und sobald eine Lösung gefunden wird, wird proaktiv auf den Beirat zugegangen.

Roland Wozniowski von Arbeit & Ökologie bemängelt den aktuellen Stillstand und den Rückstau bei den Sanierungen.

Er weist darauf hin, dass Menschen mit Gehbeeinträchtigungen unter schlechten Wegen leiden. Es bestand die Erwartung, dass bald Fortschritte erzielt werden.

Einstimmiger Beschluss und Haushaltsantrag:

Der Beirat Huchting weist auf die elementare Bedeutung des Bürger- und Sozialzentrums für den Stadtteil Huchting hin.

Es ist das Bürgerhaus des Stadtteils für seine über 30.000 Bewohnerinnen und Bewohner. Der 1. Bauabschnitt wurde 2018 übergeben und wird seitdem intensiv genutzt. Der 2. Bauabschnitt sollte unmittelbar folgen. Die Phase Null und die Planungen wurden gestartet und liegen entscheidungsreif auf dem Tisch.

Die Finanzierung des 2. Bauabschnitts sollte ursprünglich über die „Fast-Lane“ des Klimafonds erfolgen. Nachdem diese Finanzierungsgrundlage nicht mehr zur Verfügung steht, scheint die Zukunft des 2. Bauabschnitts fraglich. Sollte der 2. Bauabschnitt nicht folgen,

hätte dies elementare Auswirkungen auf die zahlreichen, betroffenen Träger und das gesamte BuS-Gelände.

Träger/Mitglieder des Bürger- und Sozialzentrums Huchting:

- AWO-Wohnheim
- AWO-Tagesförderstätte
- Arbeit & Ökologie
- Kulturladen Huchting
- Kunstverein Huchting
- Mädchentreff Huchting
- Mütter- und Familienzentrum Huchting
- Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger e.V.
- Medienwerkstatt Huchting
- Musiker
- BuS-Trägerverein

Des Weiteren nutzen regelmäßig Akteure wie das Paritätische Bildungswerk (Sprachkurse), Verbraucherzentrale, Werkstatt Bremen, Krebs-Selbsthilfe-Gruppe, Amt für Soziale Dienste – Ankommen im Quartier, Quartiersmanagement Huchting, Pflegestützpunkt, Gesundheitsberatungspunkt und -fachkräfte, Beirat und Ortsamt sowie zahlreiche Arbeitskreise das BuS.

Das BuS Huchting ist mit seinen Einrichtungen, Beratungs- und Unterstützungsangeboten, Kooperationen, dem Wohnheim für Menschen mit Einschränkungen und der Tagesförderstätte, als kulturelles Kreativlabor, Veranstaltungsareal, bereichsübergreifende Bildungsstätte, Integrationsort und sozialer Treffpunkt für den Ankommens- und Integrationsstadtteil Huchting sowie als Stadtteil mit immensen sozialen Herausforderungen von elementarer Bedeutung und unverzichtbar!

Zurzeit werden das Kinder- und Familienzentrum Amersfoorter Straße sowie die Grundschule Sodenmatt direkt am BuS-Gelände neu gebaut. Die Flächen für diese beiden Neuvorhaben, welche ausdrücklich begrüßt und unterstützt werden, sind allerdings sehr begrenzt. Das Bürger- und Sozialzentrum Huchting stellt eine notwendige und sinnvolle Ergänzung für diese beiden städtischen Bildungseinrichtungen dar. Das BuS als Kooperationspartner und außerschulischer Lernort mit seinen Trägern und Außenflächen muss bei der Kompensation der hohen Bedarfe der Schülerinnen und Schüler sowie hinsichtlich der Ganztagsbeschulung als wertvolle und stadtweit einmalige Chance gesehen werden. Durch das Zusammenwirken von KuFZ, GS Sodenmatt und dem BuS würde ein idealer Campus für Kultur, Bildung, Soziales, Integration, Ökologie, Beschäftigung/Arbeit und Gesundheit entstehen.

Der Beirat Huchting fordert die zuständigen, senatorischen Behörden der Bereiche Kultur, Bildung, Soziales, Integration, Ökologie, Beschäftigung/Arbeit und Gesundheit auf,

- a) der Realisierung des 2. Bauabschnitts Bürger- und Sozialzentrum Huchting zuzustimmen,**
- b) die notwendigen Gremienbeschlüsse herbeizuführen,**
- c) die entsprechenden Haushaltsmittel im Doppelhaushalt 2026/2027 einschließlich Verpflichtungsermächtigungen zu veranschlagen und bereitzustellen,**
- d) die Umsetzung zu beauftragen.**

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

TOP 6 Zukunft der AGAB Schuldnerberatung in Huchting

Frau Bretschneider stellt sich vor. Sie leitet seit 2003 die Beratungsstelle der agab (Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger e.V.) in Huchting. Weitere Beratungsstellen gibt es in Walle und Tenever. Die agab bietet offene Erwerbslosenberatung an. Dies beinhaltet diverse Fragen im Umgang mit Behörden. Der Bedarf sowie der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund sind groß. Es gibt über 4000 Gespräche.

Die Mittel aus dem ESF (Europäischen Sozialfonds) sind bereits ausgeschöpft, obwohl sie bis 2027 bereitgestellt wurden. Sie hofft auf eine Fortfinanzierung der Beratungsstelle.

Herr Decker fragt nach einer Übergangslösung für die agab, da die ESF-Mittel für 2025 nur bis zum 30.06. bewilligt wurden.

Frau Bretschneider teilt mit, dass sie für die nächsten drei Jahre Mittel beantragt haben, jedoch nicht wissen, wie es nach dem 30.06.2025 weitergeht.

Herr Horn vermutet, dass bereits eine Übergangslösung gefunden wurde.

Frau Bretschneider hat jedoch noch keine schriftliche Bestätigung bekommen.

Einstimmiger Beschluss und Haushaltsantrag:

Der Beirat Huchting weist auf das unverzichtbare Angebot der agab für den Stadtteil Huchting hin. Die agab leistet seit fast 50 Jahren Sozialrechtsberatung für Menschen mit geringem Einkommen, die anwaltliche Unterstützung sonst nicht leisten können. Im Bürger- und Sozialzentrum Huchting ist die agab seit 1994 und damit über 30 Jahre aktiv.

Dieses niedrigschwellige Angebot, welches von einem professionellen Team bestehend auch Juristinnen und Juristen sowie einer Soziologin und einer Sozialarbeiterin getragen wird, bietet sozial benachteiligten Menschen Hilfestellung in den Bereichen Bürgergeld, Grundsicherung, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Krankenversicherungsrecht, drohende Obdachlosigkeit, Wohngeldrecht und vielen anderen sozialen Rechtsgebieten. Es wohnen überdurchschnittlich viele sozial benachteiligte Menschen im Stadtteil Huchting (u.a. hohe Arbeitslosenquote, viele Langzeitarbeitslose), die auf dieses Unterstützungsangebot angewiesen sind. Damit befindet sich die Außenstelle der agab in Huchting an der richtigen Stelle, wo die Hilfesuchenden wohnen.

Bereits jetzt übersteigt der Bedarf die Kapazitäten der Beratungsstelle bei weitem, obwohl in Huchting hunderte Beratungen pro Jahr (jeweils 4 Stunden an 3 Wochentagen) durchgeführt werden.

Durch den Wegfall hätten viele Menschen keinen Zugang mehr zu persönlicher, sozialrechtlicher Beratung und würden in ihren existenziellen Notlagen allein dastehen!

Verschärfend hinzu kommt, dass viele Menschen aufgrund mangelnder, finanzieller Möglichkeiten, persönlicher Einschränkungen oder Lebensumstände und/oder anderer Gründe in ihrer Mobilität stark begrenzt sind und ihr Quartier und den Stadtteil Huchting gar nicht

oder nur unter Schwierigkeiten verlassen bzw. verlassen können. Insoweit kommt den Außenstellen der agab mit ihrer Nähe zu den unterstützungsbedürftigen Menschen eine besondere Bedeutung zu. Sie bieten eine gute Erreichbarkeit und einen niedrighschwelligigen Zugang.

Außerdem würde der Wegfall der einzigen juristischen Hilfestellung durch die agab einen herben Verlust für die Funktion des Bürger- und Sozialzentrum Huchting als solches darstellen und die effektive und erfolgreiche Kooperation beispielsweise mit AWO, Ankommen im Quartier, Quartiermanagement, Mütter- und Familienzentrum Huchting oder Arbeit & Ökologie als Träger der geförderten Beschäftigung oder Verbraucherrechtsberatung, Landesvereinigung für Gesundheit erheblich schwächen. Die Bedarfe in Huchting sind dagegen enorm und vielschichtig, so dass diesen nur durch diese enge Kooperation vor Ort, also im Bürger- und Sozialzentrum, begegnet werden kann.

Die agab verhindert mit ihrer Arbeit negative Auswirkungen für die Betroffenen und entlastet gleichzeitig Behörden und Sozialleistungsträger. Ohne die agab würde der Beratungsaufwand an anderer Stelle anfallen bzw. sich der Bearbeitungsaufwand erhöhen.

Der Beirat Huchting fordert die zuständige, senatorische Behörde für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf, die Finanzierung der Sozialrechtsberatung der Aktiengemeinschaft arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger e.V. über den 30.06.2025 hinaus auf Dauer sicherzustellen und die entsprechenden Haushaltsmittel bzw. Programmfördermittel (ESF o.ä.) zu veranschlagen und bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

TOP 7 Zukunft Quartiersbildungszentrum Huchting – Finanzierung dauerhaft sicherstellen

Herr Schlesselmann erklärt, dass die Finanzierung des Quartiersbildungszentrums vor Kurzem bis zum 31.12.2025 sichergestellt wurde. Wünschenswert wäre eine institutionelle Förderung.

Einstimmiger Beschluss und Ergänzung zum Haushaltsantrag ,Nr. 15 HA Huchting QBZ Robinsbalje‘ 17.02.2025:

- 1. Der Beirat Huchting erwartet von der zuständigen Senatorin für Kinder und Bildung bis zum 13.06.2025 ein Bekenntnis und eine Erklärung zur Erforderlichkeit und zum Fortbestand des Quartiersbildungszentrums Robinsbalje.**
- 2. Der Beirat Huchting fordert die zuständige Senatorin für Kinder und Bildung auf, mit Verabschiedung des kommenden Doppelhaushalts der Stadtgemeinde Bremen für die Jahre 2026/2027 ff. die bislang projektbezogene Zuwendung für das Quartiersbildungszentrum Robinsbalje auf die institutionelle Förderung umzustellen und auf Dauer sicherzustellen.**

Begründung:

Der Bereich Robinsbalje im Huchtinger Quartier Mittelshuchting hat den viertniedrigsten Sozialindex (-2,423) Bremens. Das Quartiersbildungszentrum (QBZ) Robinsbalje hat das Ziel, durch ein verbessertes Freizeit- und Beratungsangebot die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern zu verbessern. Beabsichtigt ist dabei zudem die

stadtteilbezogene Vernetzung von Schulen mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Jugendhilfe und weiteren Beratungs- und Förderangeboten zur Verbesserung der Lebenssituation sowie die Steigerung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen besonders aus sozial benachteiligten Familien.

Diese Einrichtung ist eigens für diese Zwecke gebaut und eingerichtet worden. Seit 2010 arbeiten die beteiligten Träger ressortübergreifend, zielgerichtet und erfolgreich zusammen. Diese Zusammenarbeit und Vernetzung stellt eine essentielle Aufgabe dar und wird von der QBZ-Leitung koordiniert und weiterentwickelt. Ohne „den Kopf“ kann das QBZ nicht funktionieren.

Nach nunmehr 15 Jahren wertvoller Arbeit, Begleitung und Beratung im Quartier ist nicht nur die dauerhafte Absicherung der Finanzierung und der unstrittige Erhalt des QBZ Robinsbalje erforderlich (siehe Haushaltsantrag Beirat Huchting „15 HA Huchting QBZ Robinsbalje“ 17.02.2025), sondern auch die Umstellung der Zuwendung weg vom jährlichen Projektantrag mit neuerdings intransparenten, absolut verunsichernden Reaktionen der senatorischen Behörde hin zur institutionellen Förderung dringend geboten!

Der Träger des Quartierbildungszentrums Robinsbalje, die Hans Wendt Stiftung und das Fachpersonal haben Klarheit und Planungssicherheit verdient. Es ist Zeit für Transparenz und zukunftssichernde Entscheidungen

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

TOP 8 Antrag Kranzniederlegung am 8. Mai 2025

Herr Knuschke erwähnt, dass der Beirat vor ein paar Jahren die Erinnerungsstelle mitfinanziert hat.

Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD, Grüne und CDU:

Stille Gedenkveranstaltung und Kranzniederlegung an der Erinnerungsstelle bei der B75

Einstimmiger Beschluss:

- 1. Der Beirat Huchting erinnert am 8. Mai 2025 an der Befreiung vom Faschismus und damit der Niederschlagung des Hitler-Regimes, das unter anderem für Krieg, Holocaust und weiterer Verbrechen verantwortlich war, mit einem stillen Gedenken an der Erinnerungsstelle beim Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers für Soldaten der Roten Armee, Nahe der Grollander Ochtum (Höhe B75).**
- 2. Der Beirat Huchting finanziert einen Gedenkkranz, der bei der Erinnerungsstelle niedergelegt wird.**
- 3. Der Beirat Huchting lädt alle Bewohner*innen des südlichsten Stadtteils ein, mitzugedenken.**
- 4. Der Beirat Huchting bittet die Mitglieder des Beirats Neustadt, ebenfalls einen Beschluss herbeizuführen und sich damit zu beteiligen.**

Begründung:

Am 8. Mai 2025 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa zum 80. Mal. Dieser historische Tag steht nicht nur für das Ende eines verheerenden Krieges, sondern auch für den Beginn des Friedens und der Versöhnung in Europa. Auch der Beirat Huchting wird

sich an diesem wichtigen Jahrestag klar gegen Krieg und Gewalt positionieren und ein Zeichen für Frieden setzen.

In unserem Stadtteil leben viele Menschen, die vor Kriegen und Gewalttaten flüchten mussten – ihr Schicksal erinnert uns täglich an die Schrecken des Krieges. Aus diesem Grund werden wir den 8. Mai 2025 mit einer kurzen Gedenkveranstaltung begehen.

Als geeigneten Ort sehen wir die Erinnerungsstele beim ehemaligen Kriegsgefangenenlager für Soldaten der Roten Armee an der Grollander Ochtum (Höhe B75), die einen würdigen Rahmen für ein solches Gedenken bietet.

Im Rahmen der Veranstaltung wird eine kurze Kranzniederlegung stattfinden, um der Opfer des Krieges zu gedenken und den Frieden zu betonen.

Bei der Gedenkveranstaltung sind keine Fahnen, Flaggen oder politischen Kennzeichnungen erlaubt, um ein respektvolles und neutrales Gedenken zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Herr Schlesselmann übernimmt die Anmeldung der Veranstaltung und bestellt den Gedenkkranz. Eine Pressemitteilung wird verschickt.

TOP 9 Verschiedenes

Herr Horn bemängelt, dass PKWs die provisorische Busverbindung auf dem Gelände des Roland Centers nutzen.

Es wird sich darauf verständigt, dass es außer Verkehrsüberwachung keine sinnvollen Maßnahmen gibt, um den Missstand zu beheben.

Ende der öffentlichen Sitzung um 21:02 Uhr

Herr Knuschke
(Beiratssprecher)

Herr Schlesselmann
(Sitzungsleiter)

Herr Homann
(Protokoll)